



Newsletter März 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

Schnee, Schnee und nochmals Schnee: Selbst im sonst so milden Rheinland ließ in der vergangenen Plenarwoche der Frühling auf sich warten. Wie gerne hätte ich ein mildes Lüftchen oder einen Sonnenstrahl erlebt. Doch in Düsseldorf war es winterlich.

Das politische Stichwort in dieser Woche lautete: Entfesselung. Aber nicht etwa die Kraft der Natur wurde nach der Winterruhe endlich entfesselt – nein, die Landesregierung entfesselte die Macht der Märkte mit ihrem sogenannten „Entfesselungspaket I“. Kernstück des von der Landesregierung eingebrachten "Entfesselungspakets I" ist die Überarbeitung des Ladenöffnungsgesetzes, insbesondere die Ausweitung von Sonntagsöffnungen. Diese Ausweitung wird die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel weiter verschlechtern. Aus Erfahrung wissen wir, dass längere Öffnungszeiten Tariffucht und prekäre Beschäftigungsverhältnisse befördern.

Das bisherige Ladenöffnungsgesetz bietet aus meiner Sicht ausreichend Möglichkeiten für Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen. Zusätzliche Öffnungen an Sonn- und Feiertagen belasten die Beschäftigten und bringen im Wettbewerb mit 24 Stunden und an 365 Tagen geöffneten Online-Angeboten keine Vorteile. Eine Abwägung aller Interessen sieht für mich anders aus, die Klientelpolitik ist klar erkennbar. Außerdem führt das neue Gesetz zu weniger Rechtssicherheit für unsere Kommunen.

Bei Ministerpräsident Laschet, der selten müde wird, die christlichen Wurzeln seiner Partei zu betonen, steht die christliche Sonntagsruhe hinter der ideologischen Marktentfesselung zurück.

Der ausbleibende Frühling störte nicht nur mich, sondern bestimmt auch die Insekten, die sehnsüchtig auf das Ende des Winters warten. Zu einem Antrag der Grünen-Fraktion zum dramatischen Insektensterben habe ich selbst in der Plenarsitzung Stellung genommen. Erst im vergangenen November hatten wir über das Thema im Landtag diskutiert. Damals wurde von der Ministerin, der CDU und der FDP dargestellt, man würde die Ursache für den Rückgang von 75% der Fluginsekten nicht genau kennen. Jetzt aber hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, die EFSA, öffentlich bestätigt, dass die Mehrzahl der Anwendungen mit Neonicotinoiden – das sind Pflanzenschutzmittel – eine Gefahr für Honig- sowie Wildbienen und Hummeln darstellt. Deshalb schließen wir uns der Forderung an, diese Pestizide so schnell wie möglich auch europaweit zu verbieten.

Weitere interessante Themen aus dieser Woche sowie der Text meiner Plenarrede finden sich im Verlauf des nachfolgenden Newsletters.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre!

Herzlich,

Annette Watermann-Krass

Inhalt

Rechtsanspruch Offener Ganztage	S. 2
Demokratieförderung	S. 2
Kriminalitätsbekämpfung	S. 2
Kassenbetrug endlich eindämmen	S. 2
Mehr Sicherheit für Künstler/-innen	S. 3
Aktivitäten im Wahlkreis	S. 3/4
Aktiv zum Tag des Artenschutzes	S. 3
Besuch der Teamschule Drensteinfurt	S. 4
Frauenhäuser im Kreis stärken	S. 4
Plenarrede vom 21.03.2018	S. 4/5

Offene Ganztagschule: Umsetzung des Rechtsanspruchs muss geplant sein ([Drucksache 17/2164](#))



Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird der individuelle Rechtsanspruch auf einen Platz in der Ganztagsbetreuung bis 2025 angekündigt.

„Vor diesem Hintergrund muss die schwarz-gelbe Landesregierung schnellstmöglich ein Konzept erarbeiten, wie der Rechtsanspruch umsetzbar ist. Weiterhin ist es erforderlich, die Offene Ganztagschule auch inhaltlich weiterzuentwickeln. Zu dem Thema ist von der Mitte-Rechts-Koalition in NRW bislang nur wenig zu hören. Bei der Einführung des Rechtsanspruches auf

Betreuung ab einem Jahr hat das Land NRW seinerzeit einen Krippen-Gipfel einberufen. Dies muss analog auch für den Rechtsanspruch auf Ganztags durchgeföhrt werden. Die Umsetzung des Rechtsanspruches bedarf einer gründlichen und soliden Planung“, erklärte die heimische SPD-Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass.

Demokratieförderung: Kommunale Präventionsstrukturen dauerhaft unterstützen ([Drucksache 17/508](#))

Die Zivilgesellschaft muss nachhaltig gestärkt werden, um Demokratie in der Gesellschaft zu festigen. Prävention muss ermöglicht werden, um letztlich auch Extremismus vorzubeugen.

Dazu verdeutlichte Annette Watermann-Krass: „Wir von der SPD-Fraktion schlagen vor, die finanziellen Mittel zur Demokratieförderung zu verstetigen, um die etablierten und bewährten Präventionsstrukturen in den Kommunen dauerhaft zu unterstützen. Wir setzen uns weiterhin für ein bundesweites Demokratiefördergesetz ein, das einen gesetzlichen Rahmen schafft und den zivilgesellschaftlichen Akteuren die nötige finanzielle und rechtliche Sicherheit gibt. Davon würde auch Nordrhein-Westfalen profitieren. Auch wenn unser Antrag abgelehnt werden wird, werden wir uns auch künftig für konkrete Verbesserungen im Bereich der Demokratieförderung starkmachen“.

Kriminalitätsbekämpfung stärken: Angriffe mit Stichwaffen statistisch erfassen ([Drucksache 17/2162](#))

In jüngerer Zeit gab es häufiger Berichte über zum Teil tödlich verlaufende Angriffe mit Messern oder anderen Stichwaffen. Sowohl in Polizeikreisen als auch in der breiten Öffentlichkeit ist dabei vielfach der Eindruck entstanden, dass der Einsatz solcher Waffen insbesondere bei jugendlichen Tätern zugenommen hat und teilweise aus geringfügigsten Anlässen erfolgt.

Auf Anfrage der SPD konnte die Landesregierung nicht beantworten, in welcher Häufigkeit Angriffe mit Stichwaffen verübt wurden; dies werde, so die Landesregierung, bisher nicht statistisch erfasst.

„Klar ist: Kriminalität kann nur dann wirksam bekämpft werden, wenn alle relevanten Fakten und Hintergründe über die allgemeine Häufigkeit von Messerattacken bekannt sind. Wir fordern in unserem Antrag deshalb die Einführung der statistischen Erfassung von Angriffen mit Stichwaffen“, so die SPD-Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass.



Kassenbetrug schadet der Allgemeinheit - Schnelles Handeln ist gefragt ([Drucksache 17/2165](#))



Manipulationen an Ladenkassen führen zu Steuerausfällen von mehr als zehn Milliarden Euro jährlich. Norbert-Walter Borjans wies das seinerzeit CDU-geführte Bundesfinanzministerium darauf bereits im Jahr 2014 hin, was dann wiederum zwei Jahre untätig blieb. Das schlussendlich vorgelegte Gesetz schrieb zwar die Einführung manipulations sicherer Kassen vor, gewährte gleichwohl großzügige Übergangsfristen. Diesen von vielen Seiten kritisierten Zustand hat nun auch der neue Landesfinanzminister erkannt und öffentlichkeitswirksam für eine schnellere Einführung manipulations sicherer Kassen geworben.

„Auf diese Worte folgten aber keine Taten: eine konkrete politische Initiative blieb aus. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, zügig zu handeln - immerhin geht es hier um mehrere Milliarden Euro, die dem Landeshaushalt durch Kassenbetrug für andere Investitionen fehlen“, machte Annette Watermann-Krass deutlich.

Kunststiftung NRW: Künstler/-innen brauchen mehr Sicherheit ([Drucksache 17/2161](#))



Mit der Kunststiftung NRW fördert das Land Nordrhein-Westfalen herausragende künstlerische Projekte wie Ausstellungen, Konzerte, Tanzprojekte oder Lesungen. Die Förderung des internationalen Kulturaustauschs und begabter junger Künstler gehören zu den zentralen Aufgaben der Stiftung. Um diese Projekte fördern zu können, erhält die Kunststiftung bisher eine festgeschriebene Summe aus dem Landeshaushalt. Diese Praxis hat sich bei der Förderung von Projekten nicht immer bewährt. Um langfristige Verpflichtungen eingehen zu können, braucht die Kunststiftung eine mehrjährige finanzielle Grundausstattung, welche die allgemeine Kostenentwicklung mitberücksichtigt.

Annette Watermann-Krass erklärte dazu: „Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung dazu auf, eine neue Vereinbarung mit der Kunststiftung auszuarbeiten, die eine mehrjährige finanzielle Grundausstattung für die Kunststiftung beinhaltet.“

Rückkehr zu G9: Landesregierung trägt den Streit in die Schulen ([Drucksache 17/1818](#))

Im Jahr 2005 wurde G8 in seiner heutigen Form von der damaligen Mitte-Rechts-Regierung eingeführt. Schwarz-Gelb hat den damaligen Fehler eingestanden und mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Rückkehr zu G9 eingeleitet.

„Aber es fehlt noch einiges: das Land überlässt die Entscheidung nach der Länge es gymnasialen Bildungsganges den Schulen, einen Streit, den die Landesregierung selber nicht austragen wollte. Nach den Herbstferien entscheidet die Schulkonferenz über den Übergang in G9 oder den Verbleib in G8. Eltern entscheiden in dem Fall nicht für ihre Kinder, sondern für eine nachfolgende Schülergeneration. Die SPD-Fraktion setzt sich für individuelle Bildungswege an jedem Gymnasium in NRW ein. Die Oberstufe muss aus unserer Sicht so reformiert werden, dass der Regelfall das Abitur nach neun Jahren ist, die Absolvierung nach acht Jahren schulrechtlich aber möglich bleibt“, so die SPD-Politikerin Annette Watermann-Krass.

Gute Schule 2020: Kommunen brauchen mehr Zeit bei der Sanierung von Schulen ([Drucksache 17/2163](#))

„Mit dem von der SPD-geführten Landesregierung eingeführten Programm "Gute Schule 2020" wird den Kommunen eine langfristige Finanzierungsmöglichkeit zur Sanierung und Modernisierung der Schulinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Die bereitgestellten Mittel werden - trotz großen Interesses in den Kommunen - nicht im erforderlichen Umfang abgerufen“, stellte Annette Watermann-Krass jetzt fest.



Der Grund: Zum einen gibt es in vielen Städten und Gemeinden aktuell nicht ausreichend Bau- und Planungskapazitäten, um die Sanierung oder Modernisierung zügig auf den Weg zu bringen. Zum anderen kommt es auch durch die aktuell hohe Auslastung bei den Unternehmen der Bauindustrie und des Bauhandwerks zu Verzögerungen.

„Wir fordern die Landesregierung deshalb dazu auf, die Frist, in der die von den Kommunen abgerufenen Mittel zur Sanierung, Modernisierung oder den Ausbau von Schulen verwendet werden müssen, von 30 auf 42 Monate zu verlängern“, so die Abgeordnete abschließend.

Aktivitäten im Wahlkreis:

Mit den Jusos zum Tag des Artenschutzes unterwegs



Nicht nur im Landtag ist das Insektensterben ein wichtiges Thema, auch im Wahlkreis ist Annette Watermann-Krass aktiv für Insekten. Zum Tag des Artenschutzes am 3. März war sie daher auf dem Beckumer Markt um mit den Jusos aus dem Kreis Warendorf Blühhilfen unter Volk zu bringen. Dabei stellte Watermann-Krass fest: „Das Thema Glyphosat und andere Pflanzenschutzmittel war zwar in der letzten Zeit das beherrschende in dieser Frage. Die Problematik ist aber weitreichender. Es gibt in zahlreichen Neubaugebieten zu wenige Grünflächen wo die Insekten Lebensraum finden. Blühstreifen angrenzend zu Ackerflächen sind da nicht ausreichend. Hier sind die Insekten direkt den Giften ausgesetzt. Auch in der SPD-Landtagsfraktion beschäftigen wir uns mit Lösungsmöglichkeiten.“

Besuch der Teamschule Drensteinfurt



Bei einem Besuch der Teamschule konnte sich Annette Watermann-Krass mit dem dortigen Abteilungsleiter Heiko Schwarz austauschen. Dabei war sie stolz auf die Vorreiterrolle des Münsterlandes beim Ausbau der Sekundarschulen: „Das Münsterland war ganz früh beim Aufbau von Sekundarschulen dabei. Das hatte Strahlwirkung ins ganze Land. Ich freue mich hier in Drensteinfurt zu sehen, dass es sich gelohnt hat diesen Weg zu gehen. Die Entwicklung der Teamschule ist vorbildlich. Es gibt ein ausgeprägtes Nachmittagsprogramm, die Mensa hat ein hervorragendes Frühstücks- und Mittagsangebot und Angebote wie das Selbstlernzentrum

sind eine große Bereicherung für Schülerinnen und Schüler.“ stellte Watermann-Krass bei einem Rundgang durch die Schule fest.

Frauenhäuser leisten immens wichtige Arbeit

Annette Watermann-Krass steht im regelmäßigen Austausch mit den Frauenhäusern im Kreis Warendorf. So konnte sie sich erneut ein Bild von der geleisteten Arbeit im Frauenhaus Telgte machen und findet: „Die hier geleistete Arbeit ist nicht wegzudenken. Wir müssen das unbedingt weiter unterstützen. Ich werde mich auf allen Ebenen für die stetige Verbesserung von Frauenhäusern einsetzen. Ebenfalls müssen wir an der Wohnungssituation arbeiten. Frauen finden selten für die Zeit nach ihrem Aufenthalt im Frauenhaus bezahlbaren Wohnraum. Das führt dann natürlich zu einem Anstieg der durchschnittlichen Belegungszeiten.“

Plenarrede der Landtagsabgeordneten Annette Watermann-Krass zum Antrag „Insektenvielfalt erhalten – Neonicotinoide endgültig aus dem Verkehr ziehen!“

21.03.2018

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,



erst im vergangenen November haben wir hier an dieser Stelle über das dramatische Insektensterben und seine Folgen diskutiert. Unser SPD Antrag bezog sich auf die Langzeitstudie des Entomologischen Vereins Krefeld, der einen Rückgang von 75% der Fluginsekten festgestellt hat. Damals wurde von der Ministerin, der CDU und FDP dargestellt, man würde die Ursache nicht genau kennen.

Jetzt gibt es aber von der EU-Ebene eine klare Forderung, die Neonicotinoide endgültig aus dem Verkehr zu ziehen. Denn genau vor drei Wochen hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit – die EFSA öffentlich bestätigt, dass die Mehrzahl der Anwendungen mit diesem Pflanzenschutzmittel eine Gefahr für Honig- sowie Wildbienen und Hummeln darstellt.

Fest steht: Neonicotinoide schaden Bienen und Hummeln!

Und das bedeutet, wir können uns einem generellen Freilandverbot der besagten Stoffe nicht mehr verschließen. Die Nutzungsbeschränkungen von 2013 reichen nicht mehr aus. Allein ein Verbot kann noch aufhalten, was eigentlich unaufhaltsam ist. Es kann maßgeblich zur Abmilderung des Insektensterbens beitragen.

Wir sind aufgefordert etwas gegen das dramatische Artensterben unserer Bestäuber zu unternehmen. Ich möchte nämlich, dass meine Enkelkinder auch in Zukunft noch Birnen, Äpfel oder Beeren essen können. Unvorstellbar wenn diese Arbeit in der Zukunft von Drohnenbienen erledigt werden müsste.

Im Übrigen fordert die SPD das Verbot der Neonicotinoide schon lange auf allen Ebenen. Sowohl im Bundestag wie auch im Europaparlament. Jetzt besteht eine gute und realistische Chance, dass die EU das Verbot noch in diesem Monat durchsetzen kann.

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

aus NRW kommt viel Gutes. Und so bin ich grundsätzlich dafür, dass wir den Einfluss unsere Landesregierung in Berlin und Brüssel gelten machen, um dort ein endgültiges Verbot von Neonicotinoiden umzusetzen.

Ich bin nämlich sehr zuversichtlich, dass NRW mit diesem Antrag nicht auf taube Ohren stoßen wird. Seit wenigen Tagen ist unsere Bundesregierung endlich im Amt. Und ich hoffe, dass es in dieser neuen Koalition eine bessere Absprache zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsressort in Berlin geben wird.

Unserer neue Umweltministerin Svenja Schulze, wird sich – genau wie ihre Vorgängerin - einem Verbot kaum verschließen. Bleibt zu hoffen, dass die jetzige Landwirtschaftsministerin Klöckner sich an Absprachen hält und sich ebenfalls für ein Verbot ausspricht.

Abschließend stelle ich fest: Auch die SPD ist für ein endgültiges Freilandverbot von Neonicotinoiden auf Bundes- und EU Ebene.

Wir stimmen deshalb dem Antrag zu.

Vielen Dank.

Fotonachweise:

Schulutensilien: Bernd Kasper / pixelio.de

Messer: Stephanie Hofschlaeger / pixelio.de

Kasse: Maret Hosemann / pixelio.de

Buntstifte: Tomizak / pixelio.de

Maler: RainerSturm / pixelio.de